

GRUNDKONSENS DER MARBURGER FRIEDENSINITIATIVE

(beschlossen am 20.12.2000)

1. Der folgende Konsens gilt für gemeinsame Aktivitäten. Ansonsten bleiben die vertretenen Organisationen sowie Einzelpersonen in ihren Positionen und Aktionen selbständig.
2. Die Initiative ist parteiunabhängig. Die Mitwirkung in der Initiative hat auf der Grundlage des Grundkonsenses zu erfolgen.
3. Die Initiative wendet sich gegen alle Kriege. Aufgrund der tatsächlichen Einwirkungsmöglichkeiten wird ein Schwerpunkt der Aktivitäten die Rüstungs- und Militärpolitik der Bundesregierung, der EU und der NATO sein. Ob es gelingt, Staaten an der Kriegsführung zu hindern, hängt davon ab, dass sich zumindest eine starke Opposition dagegen entwickelt.
4. Die Initiative tritt für die vollständige Abrüstung und gegen Rüstungsexporte ein.
5. Die Initiative lehnt jegliche militärische Intervention ab.
6. Die Initiative fordert dazu auf, gewaltfrei Konfliktursachen zu beseitigen und bestehende Konflikte zu lösen.
7. Die Initiative setzt sich mit sicherheitspolitischen Diskussionen auseinander, versucht, Rechtfertigungsargumente für Kriege zu analysieren und macht Propaganda als Propaganda deutlich.
8. Die Initiative untersucht Hintergründe und Ursachen von Kriegen und veröffentlicht gegebenenfalls Ergebnisse.
9. Die Initiative sucht den Erfahrungsaustausch und die Kooperation mit antimilitärischen und Friedensbewegungen in anderen Städten.
10. Die Initiative fordert das Asylrecht für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure.

Marburger Friedensinitiative "Nein zum Krieg" Ist ein Bündnis aus:

AK Marburger Wissenschaftlerinnen für Friedens- und Abrüstungsforschung, Assoziation Marxistischer Studierender, ATTAC, Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DfG--VK), Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; (GEW), Marburger Forum - Fördergemeinschaft Friedensarbeit e.V, Marburger Juristinnen für den Frieden, Pax Christi, Radio Unerhört Marburg (RUM), Steuern zu Pflugscharen, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen, Einzelpersonen.